

ETHAN YOUNG

WETTLAUF NACH RECHTS?

EINE ANALYSE DER US-KONGRESSWAHLEN 2014

«Obama zieht Demokraten runter», titelte die *New York Daily News* am Morgen nach den US-amerikanischen Kongresswahlen im November 2014. Sie machte Obamas sinkende Beliebtheit dafür verantwortlich, dass die Demokratische Partei beide Kammern des Kongresses sowie die Gouverneursposten in mehreren Bundesstaaten verloren hat. Eine genauere Betrachtung der politischen Hintergründe kommt allerdings zu dem Schluss, dass die gnadenlose rassistische Dämonisierungskampagne der Republikaner so erfolgreich war, dass Obama von vielen WählerInnen, selbst in seiner eigenen Partei, verachtet wurde.

Den Mainstream-Medien zufolge driftet das Land entschieden nach rechts, und die Republikaner erleben einen Aufschwung, während Obama in den letzten beiden Jahren seiner Amtszeit ein Debakel erwartet. Einiges spricht gegen diese Annahme. Obamas Umfragewerte sind zwar tatsächlich niedrig, aber die des Kongresses sind noch wesentlich niedriger. Neben dem Aufstieg der Republikanischen Partei verweisen die Ergebnisse zahlreicher Volksabstimmungen auf einen Trend zum Wirtschaftspopulismus. Zudem konnten mächtige und extrem wohlhabende Konservative ihren politischen Ansichten mithilfe von Millionensummen Ausdruck verleihen, nachdem die Obergrenze für Wahlkampfspenden vom Obersten Gerichtshof aufgehoben worden war. Um den Anteil nichtweißer WählerInnen zu reduzieren, sind etliche Wahlkreise von der republikanischen Mehrheit neu aufgeteilt worden, sodass traditionell links- und Mitte-links-orientierte Wählerschichten marginalisiert werden und die Republikaner im Repräsentantenhaus auch dann die Mehrheit haben, wenn sie insgesamt deutlich weniger Stimmen erhalten als die Demokraten. Nur bei zwei der elf Senatswahlen konnten die demokratischen Kandidaten eine deutliche Mehrheit erlangen. Die Republikaner dominierten die Gouverneurswahlen, und in industriell geprägten Bundesstaaten im Mittleren Westen gewannen ausgesprochen arbeitnehmerfeindliche Kandidaten. Dennoch befürworteten die WählerInnen in fünf Bundesstaaten Volksentscheide zur Erhöhung des Mindestlohns – selbst in jenen Bundesstaaten, in denen die Demokratische Partei die Wahlen verlor.

Sowohl im Kongress als auch beim Obersten Gerichtshof, wo fünf erzkonservative vier moderaten RichterInnen gegenüberstehen, wird Obama eine starke Mehrheit gegen sich haben. Seine Probleme mit der Republikanischen Partei und den Bevölkerungsgruppen, um die beide Parteien wetteifern, haben jedoch wenig mit Politik zu tun. In Wahrheit geht es bei

den Rivalitäten zwischen Demokraten und Republikanern primär um zwei politische Themen: erstens um die Einflussmöglichkeiten von Gewerkschaften und damit von ArbeitnehmerInnen auf die Politik, und zweitens um die Frage, ob die Regierung Maßnahmen zum Ausgleich früherer rassistischer Ungerechtigkeiten durchsetzen soll und darf. Der Widerstand gegen Gewerkschaften zieht sich durch beide Parteien und umfasst auch die Mehrheit der demokratischen Parteispitze. Die wenigen demokratischen KandidatInnen, die ihre Differenzen gegenüber den Republikanern deutlich gemacht und sich auf Obamas Seite gestellt haben, wurden auch gewählt. Es bleibt jedoch unklar, ob dies tatsächlich der Grund für ihren Erfolg war. Die demokratische Parteispitze wird diese Möglichkeit wahrscheinlich nicht einmal in Erwägung ziehen.

DIE AUSNUTZUNG DER WEISSEN ANGST

Nun, da Obama keine Wahlen mehr vor sich hat, scheint er von seiner bisherigen Kompromissbereitschaft und seinen Appellen an Überparteilichkeit abzurücken. Seit 2008 hatte er Schritte vermieden, die möglicherweise den Unwillen weißer WählerInnen provoziert und die Polarisierung zwischen den Parteien verstärkt hätten. Nun will er eine Einwanderungsreform durchsetzen, er hat sich gegen die Keystone-XL-Pipeline ausgesprochen und die Neutralität des Internets verteidigt. In der Analyse der Schwächen Obamas werden die aggressiven rassistischen Untertöne der Debatten über seine Politik häufig heruntergespielt. Dieser Rassismus kennzeichnete bereits die Diskussion über seine Kandidatur für das Amt des Präsidenten im Jahr 2008. Um rassistische Ressentiments zu bedienen, die Obama mit seinen Wahlerfolgen teilweise durchbrochen hatte, werfen ihm Republikaner jetzt immer wieder eine unrechtmäßige Machtaneignung und Verschwörung vor. Die erneute Verwendung einer rassistischen Sündenbock-Rhetorik im Mitte-rechts-

Spektrum kommt den Rechtsradikalen zugute, die immer zahlreicher werden: gewalttätige Einwanderungsfeindlichkeit, Zunahme von Waffenbesitz, rassistische Angriffe auf das Wahlrecht, positive Bezugnahme auf die Konföderierten Staaten von Amerika und eine dramatisch ansteigende Inhaftierungsrate. Diese Phänomene hängen ohne Frage mit den derzeitigen Versuchen der Republikaner zusammen, die Ängste weißer AmerikanerInnen auszunutzen, und zwar zu einem Zeitpunkt, da die Zahl nichtweißer EinwohnerInnen der USA bald jene weißer EinwohnerInnen übersteigen wird. Die Agenda der Republikaner hat wenig mit konkreter Politik zu tun, sondern zielt vor allem darauf ab, Obamas Regierung in den Schmutz zu ziehen. Den durch die Wahlen erreichten Machtzuwachs werden sie gezielt dafür nutzen. Dabei gehen sie noch einen Schritt weiter, als nur die sozialstaatlichen Errungenschaften des New Deal zurückzunehmen. Die Republikaner haben die von den sozialen Bewegungen der 1960er und 1970er Jahre erkämpften politischen und gesellschaftlichen Veränderungen im Visier.

NIEDRIGSTE WAHLBETEILIGUNG SEIT DEM ZWEITEN WELTKRIEG

Die Zwischenwahlen zeichnen sich traditionell durch eine niedrige Wahlbeteiligung aus, was der Republikanischen Partei zugutekommt. Deren Basis ist zwar kleiner, geht aber regelmäßig wählen. Als die Umfragen eine Wiederholung des republikanischen Wahlerfolgs von 2010 vorhersagten, hatten die Demokraten eine schwere Entscheidung zu treffen. Sie hätten auf eine starke Unterstützung Obamas setzen, den Rückhalt ihrer Basis stärken und so für eine höhere Wahlbeteiligung sorgen können. Stattdessen wurde Obamas Politik im demokratischen Wahlkampf entweder überhaupt nicht unterstützt oder versucht, sich von ihr zu distanzieren. Beispielsweise trat die Demokratische Partei, wenn überhaupt, nur sehr zögerlich gegen die rassistisch aufgeladene Kampagne gegen Obamas Gesundheitsreform ein. Dies führte zu einer Akzeptanz der Logik der Rechten, sodass die Demokratische Partei die rassistische Diffamierung ihrer eigenen Führung faktisch verteidigte und ihre Kernwählerschaft sich selbst überließ.

Die Vorstellung, unter Weißen herrsche Konsens, hat sich in der amerikanischen Politik so stark durchgesetzt, dass sie selbst im Mitte-links-Spektrum nahezu selbstverständlich geworden ist. DemokratInnen, die konservativer sind als Obama, erachten es nach wie vor für geboten, den Rassismus ihrer GegnerInnen weitgehend zu billigen, als ob ihnen dies die Anerkennung durch unentschiedene WählerInnen und durch die Mächtigen besichern könne.

Diese Hoffnung bewahrheitete sich nicht: Die Wahlergebnisse zeugen nicht von der Wiedergewinnung verloren gegangener Stimmen durch die Demokratische Partei, sondern von der resignierten Wahlenthaltung großer Teile ihrer Stammwählerschaft. Insgesamt haben 64 Prozent der weißen Männer für die Republikanische Partei gestimmt. Bei den Volksentscheiden für Gesetzesinitiativen fand jedoch tatsächlich ein politischer Seitenwechsel statt: Die Mehrheit der WählerInnen stimmte für Initiativen, die der Politik der Republikaner zuwiderliefen und links von Obamas gemäßigttem Ansatz einzuordnen sind. Zu nennen sind hier vor allem die Marihuana-Legalisierung und die Referenden zur Erhöhung des Mindestlohns. Letztere waren ausgerechnet in Bundesstaaten erfolgreich, in denen gleichzeitig die Republikanische Partei die Kongresswahlen gewann. Dieser schein-

bare Widerspruch fügt dem Argument, traditionelle AmerikanerInnen würden gegen ihre eigenen Interessen stimmen, einen neuen Aspekt hinzu. Sowohl die WählerInnen als auch die NichtwählerInnen haben Obama und den demokratischen AmtsinhaberInnen und KandidatInnen eine Abfuhr erteilt. Aber die Wahlergebnisse sprechen nicht dafür, dass WechselwählerInnen, die für republikanische KandidatInnen stimmen, diese Partei auch an der Regierung sehen möchten oder sich mit der konservativen Koalition identifizieren, die den Kern ihrer Parteibasis ausmacht. Selbst in den USA merken die ArbeitnehmerInnen, dass ihr Lebensstandard sinkt und sie weniger Freiheiten als früher haben. Wenige von ihnen interessieren sich für das Laissez-faire-Programm der Partei; sie kümmern sich mehr darum, wie viel Essen sie im Kühlschrank haben. Für sie hat das Recht, Marihuana zu konsumieren, Vorrang gegenüber dem Vorhaben der Republikaner, die sozialkonservative Politik der 1950er Jahre wiederzubeleben. Auf die Politik der Republikaner im Kongress werden diese politischen Prioritäten jedoch leider keinen Einfluss haben. Die Republikanische Partei profitiert zudem massiv von der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs aus dem Jahr 2010, die Obergrenze für Wahlkampfspenden aufzuheben. Dieser Beschluss öffnete Tür und Tor für Konzerne und private Geldgeber, die die Medien mit (Negativ-)Werbung überfluten.

Die Wahlbeteiligung war so niedrig wie seit 72 Jahren nicht mehr. Die überwiegende Mehrheit der Wahlberechtigten sah schlichtweg keinen Sinn darin, zur Wahl zu gehen. Es lässt sich eine tief greifende Entfremdung vom Wahlprozess und von jeglicher Beteiligung der Öffentlichkeit am Regierungsgeschäft feststellen.¹ Davon profitieren die Republikaner, in deren Augen die Demokratie tendenziell ein Hindernis auf dem Weg zur Macht darstellt. Sie sind sehr darum bemüht, den Zugang zu Wahlen für einkommensschwache und nichtweiße WählerInnen einzuschränken. Zusätzlich zur allgemeinen Entfremdung hatte die viel diskutierte *voter suppression* (Wählerunterdrückung) einen erheblichen Einfluss auf die Wahlergebnisse.² Der Politikwissenschaftler Michael P. McDonald umriss verschiedene Formen, die bei den jüngsten Wahlen angewandt wurden:³

- Fast sechs Millionen vorbestrafte Personen durften aufgrund von Gesetzen, die bei Vorstrafen den Ausschluss von Wahlen vorsehen, nicht wählen.
- In denjenigen Bundesstaaten, in denen die WählerInnen aufgrund neuer gesetzlicher Regelungen Ausweispapire vorlegen mussten, fiel die Wahlbeteiligung nach Angaben des US-Bundesrechnungshofs um durchschnittlich 4,4 Prozentpunkte niedriger aus.
- Mit dem Argument, dass diese Verfahren zu Wahlfälschungen führten, wurde in einigen Staaten zudem das Recht auf vorzeitige Stimmabgabe und Stimmabgabe per E-Mail eingeschränkt. Der Journalist Greg Palast schrieb dazu: «In 27 Bundesstaaten haben zumeist republikanische Wahlvorsteher ein Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, das eine massive Säuberung der Wählerlisten zur Folge haben könnte. Millionen von Wählern, insbesondere Schwarze, hispanische und solche asiatischer Herkunft sind potenziell betroffen.»⁴

Der Oberste Gerichtshof war unmittelbar daran beteiligt, diese Wählerunterdrückung zu ermöglichen. Durch seine Entscheidung im Fall *Shelby County/Alabama vs. Holder* höhle er 2013 das Wahlrechtsgesetz von 1965 aus, einen hart erkämpften Meilenstein der Bürgerrechtsbewegung.

DER REPUBLIKANISCHE GRIFF NACH DER MACHT

Die Republikaner bedienen gezielt die verschiedenen Segmente der republikanischen Stammwählerschaft – kleine UnternehmerInnen, sozial absteigende Weiße, WaffenfanatikerInnen (von denen es viele gibt) und vor allem fundamentalistische Kirchenmitglieder. Dieses Spektrum wird lose von einem gemeinsamen Gefühl der Unsicherheit und rassistischen Ressentiments zusammengehalten. Jenseits dieser Basis beruht die Strategie der Republikaner teilweise auch auf der leeren Behauptung eines Konservatismus, der angeblich über die Klassengrenzen hinausreicht. Drei Faktoren erschweren ihren beständigen Griff nach der Macht. Erstens haben sie beschlossen, auf eine Wählerschicht zu setzen, deren Obsessionen sich immer weiter von den Bedürfnissen der übrigen Bevölkerung entfernen. Die religiöse Rechte ist stark, aber gleichzeitig auch zunehmend isoliert, da die sozial-libertäre Tendenz der US-Gesellschaft gegenwärtig erstarrt. Von den geburtenstarken Jahrgängen der Nachkriegszeit bis zur Jahrtausendwendegeneration haben immer weniger AmerikanerInnen ein Problem mit dem offenen Ausleben von Sexualität, ethnischer Integration und dem Recht jedes und jeder Einzelnen, für sich selbst zu definieren, was das Streben nach Glück bedeutet.

Ein zweiter gegenläufiger Faktor ist das Beharren der Partei darauf, dass der freie Markt – aller Erfahrung zum Trotz – alles richten wird. Durch Angriffe der Republikanischen Partei auf die Sozialhilfe und die Besteuerung mittlerer Einkommen und kleiner Unternehmen steigt die finanzielle Unsicherheit der ArbeitnehmerInnen mit mittleren Einkommen rapide, und viele sind bereits verzweifelt. Ob sie nun nach links oder weiter nach rechts driften – das politische Vertrauen dieser republikanischen Wählerschicht ist erschüttert.

Der dritte und für die Demokratische Partei verhängnisvollste Faktor besteht in der unausweichlichen Verwirklichung ihrer uralten Angst: Die Zahl der nichtweißen EinwohnerInnen ist dabei, die der weißen Bevölkerung zu übersteigen. Das Einwanderungsthema droht die Republikanische Partei weiter nach rechts zu kippen. Indem sie Feindseligkeit gegenüber Latinos schürte, die einen enormen Teil der arbeitenden Bevölkerung und einen wachsenden und zunehmend entschiedeneren Wählerblock darstellen, ist die Parteispitze auf gewalttätige EinwanderungsgegnerInnen zugegangen. Jetzt könnten die Republikaner auf lange Sicht in einer Zwickmühle stecken. Von AfroamerikanerInnen sind sie bereits vollkommen entfremdet. Und die von der Partei versprochenen marktliberalen Lösungen haben für aufstrebende EinwandererInnen aus dem Globalen Süden nur wenig Anziehungskraft, da ein sozialer Aufstieg für diese nationalen Minderheiten kaum möglich ist. Das könnte nach hinten losgehen, sollte der demografische Wandel den «weißen Konsens» weiter infrage stellen. Die radikale Rechte hat mehr Einfluss auf die republikanische Führung, als die meisten BeobachterInnen zugeben. Das von ihr verbreitete Narrativ eines «Rassenkriegs» ergänzt ihre klassenbasierten Angriffe auf die Arbeitnehmerschaft. Die Frage ist, ob der Rekurs auf die rassistische Identifikation mit der Nation (d. h. dem System) seine historische Wirkungsmacht behalten wird. In dem Augenblick, in dem sich ethnische und nationale Minderheiten ihrer steigenden Zahl und potenziellen politischen Stärke bewusst werden, steigt das Risiko, sie als Sündenbock zu gebrauchen. Trotz dieser düsteren Prognose konnten die Republikaner die Demokratische Partei einstwei-

len schwächen, und eine Menge gewählter AmtsträgerInnen werden es sich und ihren FreundInnen und Angehörigen nun gut gehen lassen können und versuchen, Obama für seine Wiederwahl zu bestrafen. Dass sie ihn erfolgreich aus Washington vertreiben, ihn also wie angedroht seines Amtes entheben, ist unwahrscheinlich, und selbst wenn sie erfolgreich sein sollten, wäre der Kampf um das Weiße Haus für sie weder eine sichere noch eine schmerzlose Angelegenheit.

DEMOKRATEN AUF DER SUCHE NACH POLITIK OHNE RISIKO

Aber haben die Republikaner dieses Jahr eigentlich wirklich gewonnen? Oder haben die Demokraten einfach nur dafür gesorgt, dass sie unmöglich verlieren konnten?

Die vorherrschenden Themen in der Diskussion über die Wahlergebnisse sind die Ernüchterung über Obama und das Versäumnis der Demokratischen Partei, weiße ArbeitnehmerInnen anzusprechen. An diesem Argument ist einiges wahr. Viele WählerInnen sind enttäuscht von Obama, zwar nicht unbedingt so sehr, dass sie nunmehr gegen ihn sind, aber doch genug, um bei der Wahl zu Hause zu bleiben. Die Demokraten sind sich einerseits durchaus bewusst, dass progressive Rhetorik bei vielen WählerInnen aus verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Milieus gut ankommt. Andererseits sehen sie aber, dass hoch qualifizierte Berufstätige und ArbeitnehmerInnen mit hohen und mittleren Einkommen dazu neigen, rechts zu wählen, und bekommen Panik, finanzielle Unterstützung und die Stimmen von Weißen an die Republikaner zu verlieren. Aus Sicht der Demokraten erscheint dieses breite Spektrum von mehrheitlich weißen, männlichen Wählern aus verschiedenen Klassen als undifferenzierte, rechte Masse, die sie einst, in besseren Zeiten, ihr eigen nennen konnten. Kurz gesagt graut es ihnen davor, die megareichen SpenderInnen abzuschrecken, die wiederum Steuern für Reiche und die Einschränkung ihrer Geschäfte befürchten. Deshalb vermeiden die Demokraten die Diskussion über die Umverteilung von Reichtum und eine gerechte Besteuerung. Sie setzen auf WählerInnen, die auf soziale Dienste, Gewerkschaften und gleichen Zugang zum Recht angewiesen sind, wollen aber gleichzeitig nicht mit ihnen identifiziert werden. Sie sehen, wie die Republikanische Partei ihnen haushoch überlegen ist, und sind davon überzeugt, dass sie sich durch Nachahmung schützen können. So verschenken sie den einzigen wirklichen Trumpf, den sie in der Hand haben.

Diese Wahlen haben auch die Grenzen der Taktik der Demokraten aufgezeigt, nur auf die WählerInnen aus einer einzigen sozialen Bewegung zu setzen, in diesem Fall die Wählerinnen. Frauen neigen nach wie vor dazu, demokratisch zu wählen, aber dies spiegelt nur die andauernd starke Unterstützung schwarzer Frauen wider. Weiße Frauen hingegen haben mehrheitlich dazu beigetragen, dass dieses Jahr die Republikaner gewonnen haben. Die Demokraten müssen vieles überdenken, und es sieht so aus, als ob sie dies tun werden, ohne sich mit dem Weißen Haus abzusprechen. Den bisherigen Erfahrungen nach zu urteilen, wird dabei nichts Gutes für sie herauskommen.

DER WEG VOR UNS UND DIE ROLLE DER LINKEN

Die Republikaner haben für die nächsten zwei Jahre eine klare Mehrheit in der Legislative, und sie werden versuchen, sich damit eine Grundlage für die Präsidentschaftswahl 2016 zu schaffen. Der derzeit wahrscheinlichste Kandidat ist George W. Bushs jüngerer, klügerer Bruder Jeb. Wie Oba-

mas Wiederwahl nach dem letzten Sieg der Republikaner 2010 allerdings gezeigt hat, bedeutet deren gutes Abschneiden nicht automatisch, dass sie 2016 leichtes Spiel hätten. Das größte Problem der Demokraten ist, Obamas Basis für einen Kandidaten zu begeistern, der das gleiche zentristische (oder ein schlimmeres) Programm hat, aber ohne die symbolische Attraktivität eines Underdogs mit Street Credibility antritt. Hillary Clinton ist genau so eine Kandidatin, sie würde loyale DemokratInnen anziehen. Man sollte indes nicht vergessen, dass sie 2008 daran gescheitert ist, eine relevante Anzahl von Stimmen aus sozialen Bewegungen des linken demokratischen Wählerspektrums oder aber WechselwählerInnen für sich zu gewinnen. Die Möglichkeit eines organisierten Vorstoßes der Linken in den Vorwahlen scheint vielversprechend, doch ein/e wirtschaftspopulistische/r KandidatIn müsste es mit einer zu ihr oder ihm in Frontstellung gehenden Bourgeoisie aufnehmen. Sollte sich die demokratische Führung wie die Labour Party in Großbritannien aufgrund der großzügigen Versprechen der Wall Street von den Gewerkschaften lossagen, würde sie sich allerdings ins eigene Fleisch schneiden. Immerhin gehören die Lehrer- und Dienstleistungsgewerkschaften zu den größten Geldgebern der Partei.

Das oben beschriebene Szenario bietet der US-amerikanischen Linken zwar nicht viel, aber doch etwas Spielraum. Angesichts des derzeitigen Zustandes der Linken sollte man jedoch ehrlicherweise nicht allzu viel von ihr erwarten. In diesem Fall ist die Linke aber immerhin breiter angelegt als kleine Grüppchen, und sie ist inhaltlich auch klarer definiert als die vagen progressiven Sympathien, die Teile der Öffentlichkeit hegen. Allgemein lassen sich drei Formen unterscheiden:⁵ progressive soziale Bewegungen, die politische Linke und die akademische Linke. Innerhalb dieser Formen gibt es unterschiedliche Strömungen mit gegensätzlichen Herangehensweisen an die politische Praxis. Eine Strömung lehnt Wahlen als Strategie oder Taktik ab. Ihre VertreterInnen erwarten eine Revolution und glauben, dass jede Praxis, die nicht zur Revolution aufruft, ein Zugeständnis an den Kapitalismus darstellt. Durch ihre völlige Abstinenz von der elektoralen Arena verschenken sie politischen Einfluss. Eine andere Strömung betrachtet Wahlen als mehr oder weniger wichtige Taktik, aber nur wenn dabei von den Demokraten unabhängige Parteien eine Rolle spielen. Wie die erstgenannte Strömung sehen ihre VertreterInnen ebenfalls keinen Unterschied zwischen der Demokratischen und der Republikanischen Partei. Sie neigen dazu, sich selbst zu marginalisieren, und sind damit zufrieden, frei vom Makel der beiden großen Parteien zu sein. Sie wollen von den Massen entdeckt werden, und einige von ihnen arbeiten sehr hart daran, dieses Ziel zu erreichen.

Eine dritte Strömung erachtet Wahlkämpfe der Demokratischen Partei als Jagdgrund für die Linke. Einige ihrer VertreterInnen begreifen Wahlkämpfe als eigenständiges strategisches Feld, andere nicht, aber alle sehen einen deutlichen Unterschied zwischen den beiden Parteidosauriern und wollen jeden politischen Spielraum nutzen. Das Problem, mit dem diese Strömung zu kämpfen hat, ist die Linke selbst. Es mangelt ihr an Konzentration, Koordination und an den organisatorischen Mitteln, um ihre Anstrengungen zu intensivieren. Da die Bedingungen für eine politische Offensive derzeit rapide Gestalt annehmen, stellt dies ein dringliches Problem dar. Aber immerhin: Die Bewegungen zur Erhöhung des Mindestlohns, zur Bekämpfung der Klimakrise und zur Be-

endigung der epidemisch um sich greifenden Polizeigewalt nehmen allmählich Massencharakter an. Etabliertere Kräfte mit organisatorischen Ressourcen und Geld sind ebenfalls aktiv und werden, unabhängig von ihrer traditionellen Politik, eine Rolle spielen. Möglicherweise wird das Mitte-rechts-Lager um Clinton vor 2016 in demokratischen Kampagnen und Veranstaltungen herausgefordert werden. Unterstützer des sozialistischen Senators von Vermont, Bernie Sanders, und der progressiven Anti-Wall-Street-Senatorin aus Massachusetts, Elizabeth Warren, sind bereits dabei, eine wirtschaftspopulistische Plattform zu erstellen. Sie machen sich keine Illusionen über ihre Chancen gegen den Kandidaten oder die Kandidatin, der/die von der Parteiführung ausgewählt wird, sei es Hillary Clinton oder ein anderer Zentrist, begrüßen aber die Möglichkeit, linke Positionen bundesweit zu artikulieren. Um den aktuellen politischen Anforderungen gerecht zu werden, müssen die tatsächlichen – nicht die von uns gewünschten – Kapazitäten der linken Kräfte bewertet und entwickelt werden. Die AktivistInnen aus vielen Teilen der Linken müssen stärker miteinander in Kontakt treten, zusammenkommen, sich auf eine gemeinsame Richtung einigen und damit unter die Menschen gehen.

In dieser Situation ist das, was den Republikanern und zentristischen Demokraten als Schwäche gilt, eine der größten Stärken der Linken: die Entrechteten zu repräsentieren. Wenn eine Bevölkerungsschicht auf dem Vormarsch ist, dann ist es diese Gruppe. Sie wird durch soziale Beziehungen kontrolliert, die ihre Nützlichkeit fürs Profitmachen überlebt haben, aber dennoch die gesellschaftlichen Hierarchien weiterhin von oben nach unten prägen. Wirkliche demokratische Macht liegt in diesen unteren Schichten der Arbeitnehmerschaft und an ihren «Schnittstellen» mit anderen Bevölkerungsgruppen. Sollte es der Linken gelingen, bei Wahlen eine selbstbewusste Kraft zu werden, könnte sie in beinahe beliebig vielen Auseinandersetzungen das Zünglein an der Waage sein. Dies wird nicht möglich sein, ohne die politische Konfrontation mit einigen skrupellosen und schwer bewaffneten Feinden zu suchen. Aber viele Uhren ticken, und einige von ihnen sind Zeitbomben.

Ethan Young schreibt für Portside.org und arbeitet im Left Labor Project. Er lebt in Brooklyn, New York City.

¹ Vgl. Nichols, John: Die Aushöhlung der Demokratie. Wie der Bedeutungsverlust der Wahlen Ungleichheit und Ungerechtigkeit befördert, unter: www.rosalux-nyc.org. ² Vgl. Hare, James: Steal the Vote. Voter Suppression in the Twenty-first Century, unter: www.rosalux-nyc.org. ³ Vgl. McDonald, Michael P.: 2014 November General Election Turnout Rates, unter: www.electproject.org/2014g. ⁴ Palast, Greg: Voter purges alter US political map, Aljazeera America, 14.11.2014. ⁵ Vgl. Young, Ethan: Mapping the Left. Progressive Politics in the United States, unter: www.rosalux-nyc.org.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig V. i. S. d. P.: Henning Heine
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: Dezember 2014
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling